



ICCS 2016 auf einen Blick

Das politische *Mindset* von 14-Jährigen

Zentrale Ergebnisse zur International Civic and
Citizenship Education Study 2016

[Presseinformationen](#)



Sperrfrist bis zum
07. November 2017,
11:00 Uhr

Impressum

Hermann Josef Abs, Katrin Hahn-Laudenberg
Johanna F. Ziemes, Daniel Deimel, Igor Birindiba Batista

Universität Duisburg-Essen

Fakultät für Bildungswissenschaften

Arbeitsbereich: *Educational Research and Schooling*

Universitätsstraße 2,

45141 Essen

Telefon: +49(0)201.183-4945

E-Mail: iccs@uni-due.de

Homepage: www.uni-due.de/iccs/

UNIVERSITÄT
DUISBURG
ESSEN

Offen im Denken



Die in dieser Handreichung enthaltenen Informationen sowie Verweise beziehen sich auf den Berichtsband:

Hermann Josef Abs & Katrin Hahn-Laudenberg (Hrsg.) (2017). *Das politische Mindset von 14-Jährigen. Ergebnisse der International Civic and Citizenship Education Study 2016*. Münster: Waxmann. 368 S. ISBN 978-3-8309-3737-1

Inhalt

KURZZUSAMMENFASSUNG.....	4
1. EINFÜHRUNG IN DIE STUDIE.....	6
2. DIMENSIONEN DES POLITISCHEN <i>MINDSETS</i>	9
3. ZIELPOPULATION VON ICCS 2016 UND STICHPROBE IN NORDRHEIN- WESTFALEN	10
3.1 ZIELPOPULATION	10
3.2 DATENERHEBUNG	10
3.3 ERHEBUNGSINSTRUMENTE	11
4 ZENTRALE ERGEBNISSE DER STUDIE ICCS 2016	12
4.1. POLITISCHES WISSEN UND ARGUMENTIEREN	12
4.2 IDENTITÄT UND POLITISCHE SELBSTWIRKSAMKEIT.....	20
4.3 GRUPPENBEZOGENE EINSTELLUNGEN	22
4.4 INSTITUTIONENBEZOGENE EINSTELLUNGEN.....	24
4.5 GESELLSCHAFTLICHE PARTIZIPATIONSBEREITSCHAFT	26
4.6 ZUKUNFTSPERSPEKTIVEN DER 14-JÄHRIGEN	28
4.7 SCHULISCHE LERNGELEGENHEITEN UND PARTIZIPATIONSMÖGLICHKEITEN	30
4.8 QUALITÄT DER SCHULISCHEN SOZIALBEZIEHUNGEN	32
4.9 ERFAHRUNGEN IM FAMILIÄREN UND RÄUMLICHEN UMFELD.....	34
4.10 LEHRERVORAUSSETZUNGEN. AUSBILDUNG UND ÜBERZEUGUNGEN VON LEHRER*INNEN IM FACH POLITIK/SOZIALWISSENSCHAFTEN	34
WEITERE INFORMATIONEN UND ANSPRECHPARTNER*INNEN	35

Kurzzusammenfassung

Ein demokratischer Staat ist ein beständig unvollendetes Projekt¹. Er hat nur Bestand, solange er durch seine Bürger*innen immer wieder neu hervorgebracht und erneuert wird. Welches Wissen, welche Einstellungen, Identitäten und Handlungsdispositionen die heranwachsende Generation der Bürger*innen in Bezug auf Demokratie und Bürgerschaft entwickelt, ist daher von besonderer Relevanz für die Zukunft von Demokratien.

Leitend für die *International Civic and Citizenship Education Study* 2016 (ICCS 2016) ist die Frage, inwieweit Jugendliche in der Schule auf ihre Rolle als Bürger*innen in Demokratien vorbereitet werden. Im Jahr 2016 hat Nordrhein-Westfalen als eines von 24 Schulsystemen in Europa, Asien und Lateinamerika an ICCS 2016 teilgenommen. Damit liegen erstmals seit 1999 international vergleichbare Erkenntnisse über die Situation der politischen und zivilgesellschaftlichen Bildung für ein deutsches Bundesland vor.

Der nationale Bericht zu ICCS 2016 stellt folgende Fragen in den Mittelpunkt:

- Über welche Fähigkeiten zur Analyse des politischen Geschehens verfügen Schüler*innen im internationalen Vergleich?
- Welche für Bürgerschaft relevanten Einstellungen, Identitäten und Partizipationsabsichten zeigen 14-Jährige?
- Welche Voraussetzungen sind innerhalb und außerhalb der Schule für zivilgesellschaftliche und politische Bildung bedeutsam?

Die Daten wurden anhand einer stratifizierten Zufallsstichprobe (1451 Schüler*innen) gewonnen, gewichtet und ausgewertet. Auf dieser Grundlage werden repräsentative Aussagen über die gesamte Population 14-jähriger Schüler*innen in Nordrhein-Westfalen getroffen. Unter anderem kann belegt werden, dass Schüler*innen in NRW...

- 1) ... im Vergleich zu Schüler*innen aus den europäischen Vergleichsländern im Test zum politischen Wissen unterdurchschnittliche Leistungen zeigen. Im weltweiten Vergleich zum Gesamtmittelwert aller Teilnahmeländer unterscheiden sich die Schüler*innen in NRW nicht signifikant.
- 2) ... eine breite Leistungsstreuung aufweisen. Schüler*innen, deren Eltern über wenig kulturelles Kapital (Bildungsressourcen) verfügen, schneiden im Wissenstest deutlich schlechter ab als vergleichbare Schüler*innen in anderen europäischen Ländern.
- 3) ... sich weniger mit Deutschland identifizieren als Schüler*innen anderer Länder mit dem Land ihrer Befragung. Jedoch respektieren Jugendliche in NRW Deutschland in

¹Habermas, J. (1992). *Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

einem ähnlich hohen Maße wie Schüler*innen aus anderen europäischen Teilnahmeländern die jeweiligen Länder der Befragung.

- 4) ... und anderen europäischen Vergleichsländern eindeutig Werte der politischen Gleichstellung von Männern und Frauen unterstützen. Die Zustimmung zu Werten kultureller Gleichstellung ist in geringerem Maße ausgeprägt.
- 5) ... die Rechte von Migrant*innen in einem ähnlich hohen Maße unterstützen wie Schüler*innen in skandinavischen Ländern.
- 6) ... staatlichen und politischen Institutionen wie den Gerichten, der Polizei und Parteien deutlich mehr vertrauen als Schüler*innen der europäischen Vergleichsländer. Dieser Vorsprung Jugendlicher aus NRW findet sich jedoch nicht für das Vertrauen in europäische Institutionen oder das Schulsystem.
- 7) ... das Konzept Bürgerschaft eher auf den privaten als auf den politischen Bereich beziehen. Schüler*innen sehen die wirtschaftliche Sicherung der Familie sowie das Respektieren von individueller Meinungsfreiheit als wichtigere Ideale von Bürgerschaft als zum Beispiel den Beitritt zu einer Partei oder die Teilnahme an Wahlen.
- 8) ... im Vergleich mit den europäischen Teilnahmeländern eine sehr geringe Partizipationsbereitschaft angeben. Dies betrifft sowohl die Teilnahme an friedlichen Demonstrationen und an Wahlen als auch das Engagement in Parteien.
- 9) ... im europäischen Vergleich gleichwohl sehr motiviert sind, politische Themen im Unterricht einzubringen, obgleich sie sich von ihren Lehrkräften seltener dazu ermutigt sehen, Stellung zu nehmen.
- 10) ... die Zukunft der Erde vor allem durch Umweltverschmutzung, Klimawandel und Terrorismus bedroht sehen. Beinahe alle Jugendlichen erwarten jedoch, einen sicheren Arbeitsplatz zu finden.

14-jährige Jugendliche sind von den Wahlen und damit von der in einer repräsentativen Demokratie zentralen Form der politischen Partizipation ausgeschlossen. Dadurch werden ihre Auffassungen politisch wenig beachtet. ICCS 2016 bietet für Studierende, pädagogische Fachkräfte, Verantwortliche im Bildungssystem und Wissenschaftler*innen eine Gelegenheit, ihre Vorstellungen über politisches Wissen, Identitäten, Einstellungen und Partizipationsbereitschaft künftiger Bürger*innen zu reflektieren. In diesem Sinne ist ICCS nicht nur eine Studie über 14-Jährige, sondern eine Studie, mit der die Sichtweisen von 14-Jährigen ins Gespräch gebracht und damit als relevant wahrgenommen werden können.



1. Einführung in die Studie

Die *International Civic and Citizenship Education Study* (ICCS 2016) ist von der Fragestellung geleitet, inwieweit Schüler*innen der achten Jahrgangsstufe auf ihre Rolle als Bürger*innen in Demokratien vorbereitet sind. Dabei wird Bürgerschaft verstanden als Zugehörigkeit zu und Verantwortungsübernahme in sozialen Gemeinschaften sowie politischen Institutionen. In Demokratien ist Bürgerschaft zudem mit der Perspektive verbunden, aktuelle Entscheidungen und dauerhafte Regeln mitzubestimmen. Neben dem Wissen der Schüler*innen zu politischen und zivilgesellschaftlichen Konzepten werden in ICCS 2016 Fragen der Identität, Einstellungen in Bezug auf unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen, gesellschaftliche und politische Institutionen sowie Partizipationsabsichten erfasst. Diese vier Aspekte sind im theoretischen Modell, das dem Bericht zu Grunde liegt, als vier Dimensionen des politischen *Mindsets* der 14-Jährigen aufeinander bezogen.

Die *International Association for the Evaluation of Educational Achievement* (IEA) führt mit ICCS 2016 zum vierten Mal eine internationale Schülervergleichsstudie zur politischen und zivilgesellschaftlichen Bildung durch. Bereits in den Jahren 1971, 1999 und 2009 fanden Studien zu *Civic Education* beziehungsweise *Civic and Citizenship Education* statt.

Abbildung 1.1: Staaten und Regionen, die an ICCS 2016 teilgenommen haben



An ICCS 2016 waren 24 Bildungssysteme beteiligt, darunter 14 aus Mitgliedsstaaten der EU und Norwegen, die als europäische Vergleichsgruppe ausgewählt wurden, um die Ergebnisse für Nordrhein-Westfalen in einen internationalen Kontext zu stellen und eine vergleichende Perspektive zu ermöglichen. Seit der ersten Durchführung der Studie im Jahr 1971 haben zwischen zehn (1971) und 38 (2009) Länder teilgenommen.



Deutschland (oder deutsche Bundesländer) war(en) mit Ausnahme von ICCS 2009 an allen Studien beteiligt. Ziel der Studien war und ist es, repräsentative Aussagen darüber zu treffen, inwiefern 14-jährige Schüler*innen in den verschiedenen Ländern auf ihre zukünftigen Rollen als verantwortliche Bürger*innen vorbereitet sind. Im Unterschied zu Erhebungen in anderen Fächern, in denen der Schwerpunkt stärker auf kognitive Leistungen gerichtet ist, sahen alle bisherigen IEA-Studien zu *Citizenship Education* eine gleichwertige Berücksichtigung kognitiver und affektiv-verhaltensorientierter Aspekte vor. Politische Einstellungen, Konzepte von Demokratie, Fragen der Identität sowie Partizipationserfahrungen und -absichten sind dabei nicht nur Erklärungsfaktoren für Leistung, sondern Kernelemente für ein umfassendes Verständnis von *Citizenship Education*.

Die Ergebnisse können in zweierlei Hinsicht gelesen werden, erstens auf die Frage hin, welche Kompetenzen und Dispositionen 14-jährige Jugendliche bis zur achten Klasse bereits erworben haben, und zweitens in Hinsicht auf die Frage, welche dieser Eigenschaften von den Schüler*innen in den kommenden Schuljahren noch aufgebaut werden sollten, um sich kompetent und wirksam als Bürger*innen einbringen zu können. Dabei ist zu bedenken, dass die Vollzeitschulpflicht für die meisten der befragten Schüler*innen in Nordrhein-Westfalen zehn Schuljahre umfasst. Es bleiben also nur zwei Jahre, um noch fehlende Kompetenzen abzusichern, die als erforderlich für eine gesellschaftliche Teilhabe als mündige*r Bürger*in angesehen werden.

Zukünftige Perspektive von ICCS

Die nächste Chance für die deutschen Länder an ICCS teilzunehmen besteht 2022. ICCS 2022 wird zentrale Fragestellungen von ICCS 2016 aufgreifen, aber auch neue Aspekte des *Mindsets* von 14-Jährigen erfassen. Erstens ist beabsichtigt in Kooperation mit der UNESCO die *Sustainable Development Goals* (SDG, insbesondere Ziel 4.7) näher zu betrachten. Zweitens sollen Instrumente entwickelt werden, die eine Anfälligkeit für populistische (monokausale und ethnisierende) Argumentationsweisen messbar machen und der Bildungspraxis ein präziseres Diagnoseinstrumentarium ermöglichen.

Organisationsstruktur

Das nationale ICCS-Studienzentrum ist am Arbeitsbereich *Educational Research and Schooling* der Universität Duisburg-Essen angesiedelt. Prof. Dr. Hermann Josef Abs und Dr. Katrin Hahn-Laudenberg haben in Deutschland die wissenschaftliche Leitung der Studie inne.

Abbildung 1.2: Organisationsstruktur von ICCS 2016

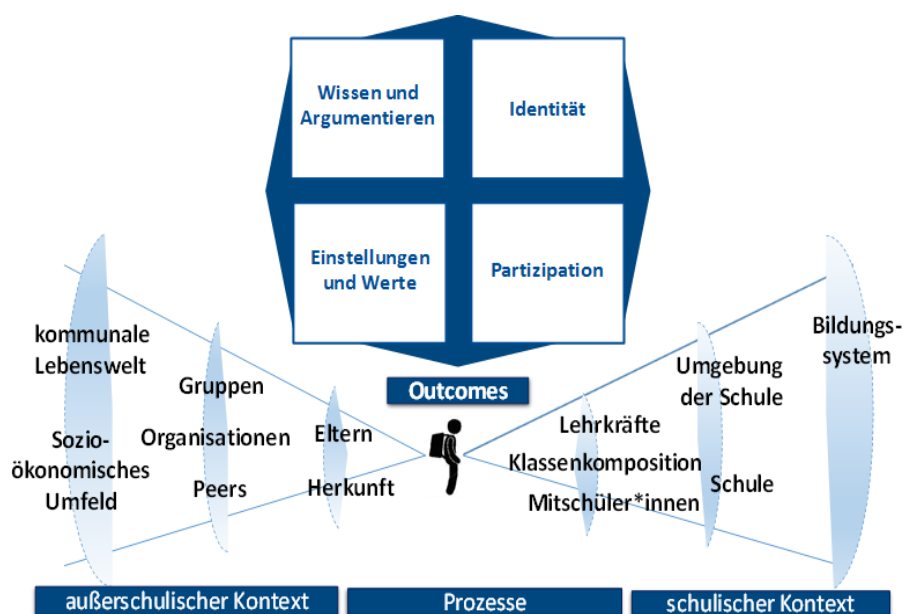


Das Verfahren zur Konstruktion und Anpassung der Erhebungsinstrumente erfolgte in enger Zusammenarbeit und Abstimmung mit dem internationalen ICCS-Konsortium. Zu diesem gehört die Internationale Trägerorganisation (*International Association for the Evaluation of Educational Achievement*, IEA Amsterdam), das Internationale Studienzentrum (*IEA-Data Processing Center*, IEA Hamburg) sowie das Internationale Forschungszentrum beim *Australian Council for Educational Research* (ACER) in Verbindung mit dem *Laboratorio di Pedagogia Sperimentale* (ROMA TRE).

In Deutschland wurde die Studie mit Genehmigung des Ministeriums für Schule und Weiterbildung (heute: Ministerium für Schule und Bildung) ausschließlich in Nordrhein-Westfalen durchgeführt. Eine finanzielle Förderung erfolgte durch die Europäische Union sowie durch die Landeszentrale für politische Bildung in Nordrhein-Westfalen. Die Stiftung Mercator gewährte eine Anschubfinanzierung. Weiterhin wurde die Studie vom Interdisziplinären Zentrum für Bildungsforschung der Universität Duisburg-Essen in der operativen Durchführung unterstützt.

2. Dimensionen des politischen *Mindsets*

Die Studie beschreibt das politische *Mindset* von 14-Jährigen in Nordrhein-Westfalen und im internationalen Vergleich. Das Konzept „*Mindset*“ geht davon aus, dass verschiedene kognitive, affektive und behaviorale Strukturen funktional miteinander verknüpft sind. Das politische *Mindset* spiegelt wider, wie sich die untersuchten Schüler*innen zu politischen Fragen und im politischen System positionieren, welche Ziele sie haben und wie sie diese erreichen wollen. Dazu wird die Domäne der politischen und zivilgesellschaftlichen Bildung vor dem normativen Hintergrund der Anerkennung von Demokratie, Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit konzeptionell entfaltet.



Als Ergebnis (*Outcomes*) schulischer und außerschulischer Lernprozesse werden in ICCS 2016 folgende Dimensionen differenziert betrachtet: 1) **Wissen und Argumentieren**, 2) **Identität**, 3) **Einstellungen und Werte** sowie 4) **Partizipationsabsichten**. Im Unterschied zur internationalen Rahmenkonzeption wird Identität hier nicht nur als Inhaltsdimension, sondern zusammen mit den drei anderen Outcome-Dimensionen als Teil eines *Mindsets* interpretiert.

Dabei werden unterschiedliche Merkmale des *Mindsets* definiert und operationalisiert, die bei Individuen als Ergebnisse von Bildungsprozessen erfasst werden können. Weiterhin werden für die Vorbereitung auf die Rolle als Bürger*in möglicherweise förderliche beziehungsweise hinderliche Merkmale von Schulen, unterrichtlichen Lerngelegenheiten und weiteren Sozialisationskontexten theoriebezogen bestimmt und ebenfalls für die Befragung operationalisiert. Dies bildet die Voraussetzung für einen internationalen Vergleich von Voraussetzungen und Ergebnissen.

3. Zielpopulation von ICCS 2016 und Stichprobe in Nordrhein-Westfalen

3.1 Zielpopulation

In jedem Teilnahmeland umfasst die Zielpopulation die folgenden Gruppen:

- Schüler*innen der achten Jahrgangsstufe;
- Lehrpersonen, die in der achten Jahrgangsstufe unterrichten;
- Schulleitungen der teilnehmenden Schulen.

Stichprobe Nordrhein-Westfalen

- Nordrhein-Westfalen beteiligt sich mit einer Stichprobe von **1.451 Schüler*innen** der achten Jahrgangsstufe aus **59 Schulen** sämtlicher Schularten. Dabei wurden Schulen mit einem höheren und einem geringeren Migrationsanteil berücksichtigt.
- Aufgrund der Freiwilligkeit der Teilnahme konnte nur eine eingeschränkte Stichprobe realisiert werden, deren Ergebnisse entsprechend der Gesamtpopulation repräsentativ gewichtet wurden (Bericht, Tabelle 3.3).
- Weiterhin konnte eine Gelegenheitsstichprobe von **440 Lehrpersonen**, die in der achten Jahrgangsstufe unterrichten, gewonnen werden.
- Repräsentativ für die befragten Schulen gaben weiterhin **55 Schulleiter*innen** stellvertretend für die Schule Auskunft über Merkmale und Aktivitäten in den Einzelschulen.

3.2 Datenerhebung

- Der Feldtest zu ICCS 2016 wurde zwischen Februar und Mai 2015 durchgeführt. Die Haupterhebung fand zwischen dem 26. Februar und dem 1. Juli 2016 statt.
- Die Abläufe der Haupterhebung waren international standardisiert, wobei die Erkenntnisse des Feldtests auch dazu genutzt wurden, Prozesse und Kommunikation rund um die Erhebung zu optimieren und so die Einhaltung der Standards sicherzustellen.
- Die Durchführung war so konzipiert, dass die Erhebung an einem Vormittag innerhalb von drei zusammenhängenden Schulstunden mit jeweils 45-minütiger Dauer durchgeführt werden konnte.

3.3 Erhebungsinstrumente

Die Erhebung der Antworten der Schüler*innen erstreckte sich mit kurzen Pausen über drei Schulstunden und bestand aus drei Teilen:

- **Testheft** für Schüler*innen (StT): acht verschiedene Testhefte mit Testmaterial, jede*r Schüler*in erhielt ein zufällig zugewiesenes, international standardisiertes Testheft. Der Test bestand aus einer Mischung von Multiple-Choice-Fragen und offenen Fragen, die ein breites Spektrum der Inhalte von zivilgesellschaftlicher und politischer Bildung abdecken. Für diesen standen den Schüler*innen genau 45 Minuten zur Verfügung.
- **Internationaler Schülerfragebogen** (StQ): erhob Informationen über Wahrnehmungen und Einstellungen von Schüler*innen zu zivilgesellschaftlicher und politischer Bildung sowie Fragen zum individuellen/familiären Hintergrund und Aktivitäten innerhalb und außerhalb der Schule.
- **Europäischer Schülerfragebogen** (StE): umfasste spezifische Problem- und Fragestellungen aus europäischer Perspektive und wurde in den Teilnehmerländern aus der EU und Norwegen eingesetzt.

Die Datenerhebung bei Lehrer*innen und Schulleiter*innen:

- Erfolgte mit Hilfe eines Onlinetools, welches vom internationalen Studienzentrum bereitgestellt wurde.
- Die Bearbeitung konnte individuell von jedem internetfähigen PC innerhalb von 20–30 Minuten durchgeführt werden.

Anmerkungen zur Ergebnisdarstellung:

- Diese Pressemappe enthält lediglich ausgewählte Ergebnisse. Die hier vorgestellten Daten entsprechen einem Bruchteil der im Berichtsband theoretisch und empirisch aufgearbeiteten Befunde.
- Zur besseren Einordnung der Ergebnisse Deutschlands werden in den nachfolgenden Tabellen unter anderem zusammengefasste Ergebnisse verschiedener Vergleichsgruppen (VG) ausgewiesen. Für die Vergleichsgruppe EU (VG EU) wird das durchschnittliche Ergebnis aller teilnehmenden Bildungssystemen aus der EU sowie Norwegen angegeben.
- Der internationale Mittelwert (VG ICCS 2016) bildet immer das durchschnittliche Ergebnis aller an ICCS 2016 teilnehmenden Staaten ohne Hongkong, Korea und Nordrhein-Westfalen.
- Aus Gründen der Übersichtlichkeit wird die Berichterstattung hier in den meisten Tabellen und Abbildungen auf diejenigen Staaten reduziert, die einer der beiden Vergleichsgruppen (VG EU bzw. VG ICCS 2016) angehören.

4 Zentrale Ergebnisse der Studie ICCS 2016

4.1. Politisches Wissen und Argumentieren

4.1.1 Das in ICCS 2016 entwickelte Kompetenzstufenmodell

Im Rahmen eines umfassenden Kompetenzbegriffs werden in ICCS 2016 bei der Analyse des Schülertests zwei kognitive Dimensionen berücksichtigt: konzeptuelles Wissen (*Knowing*) mit den Prozessen Definieren, Beschreiben und an Beispielen veranschaulichen sowie Argumentieren und Anwenden von konzeptuellem Wissen (*Reasoning and Applying*) mit Prozessen wie Interpretieren, Bewerten, Begründen und Argumentieren. ICCS 2016 erhebt nicht den Anspruch, ein alle möglichen Dimensionen umfassendes Kompetenzmodell vorzulegen und empirisch zu prüfen. Die erfassten Kompetenzen in ICCS 2016 können jedoch als notwendige Grundlage für komplexere politische Kompetenzen betrachtet werden; das heißt ohne die Beherrschung der in ICCS 2016 getesteten Kompetenzen ist nicht davon auszugehen, dass komplexere aufgebaut werden. Der in ICCS 2016 angewendete Test erweist sich hinsichtlich seines Schwierigkeitsniveaus als ein sehr geeignetes Instrument, um die Fähigkeiten von Schüler*innen in Nordrhein-Westfalen zu testen.



Abbildung 4.1.1: Beschreibung der Kompetenzstufen zum politischen Wissen in ICCS 2016

Kompetenzstufe III: 563 Punkte und darüber

Schüler*innen auf Kompetenzstufe III können Prozesse der sozial und politisch organisierten Einflussnahme mit deren rechtlicher und institutioneller Kontrolle in Beziehung setzen. Sie sind in der Lage, zutreffende Hypothesen über Motive, Funktionalität und voraussichtliche Ergebnisse von institutionellem und individuellem politischen Handeln zu bilden. Sie integrieren vorliegende Standpunkte, Konzepte oder Gesetze in ihre Begründungen und Bewertungen. Die Schüler*innen zeigen Kenntnisse über weitergehende internationale wirtschaftliche Zusammenhänge und den Nutzen von gesellschaftlicher und politischer Partizipation.

Kompetenzstufe II: 479 bis 562 Punkte

Schüler*innen auf Kompetenzstufe II zeigen vertiefte Kenntnisse zum Konzept der repräsentativen Demokratie als politischem System. Sie erkennen Wege, wie sie die Institutionen und Gesetze nutzen, um gesellschaftliche Werte zu schützen und zu fördern. Sie erkennen die potentielle Rolle von Bürger*innen als Wähler*innen in einer repräsentativen Demokratie. Sie können allgemeine Werte und Grundsätze (inkl. der Menschenrechte) auf konkrete Beispiele der praktischen Politik und Gesetzgebung beziehen. Die Schüler*innen verstehen den potentiellen Einfluss, den bürgerliche Teilhabe über den lokalen Kontext hinaus haben kann. Sie generalisieren die Bedeutung bürgerlicher Teilhabe in Bezug auf die gesamte Gesellschaft und weltweite Entwicklungen.

Kompetenzstufe I: 395 bis 478 Punkte

Schüler*innen auf Level I zeigen Kenntnisse zu demokratischen Grundsätzen wie Gleichberechtigung, sozialem Zusammenhalt und Freiheit. Sie verknüpfen diese allgemeinen Grundsätze mit alltäglichen beispielhaften Situationen, in denen (Herausforderungen für) die Umsetzung dieser Grundsätze erkennbar werden. Weiterhin zeigen die Schüler*innen Kenntnisse grundlegender Konzepte bürgerlicher Teilhabe: Sie erkennen die individuelle Notwendigkeit Gesetze zu befolgen; sie verknüpfen individuelles Verhalten mit voraussichtlichen Ergebnissen und sie verknüpfen individuelle Eigenschaften mit der Fähigkeit eines Individuums, eine zivilgesellschaftliche und politische Veränderung zu beeinflussen.

Basisstufe: 311 bis 394 Punkte

Schüler*innen auf dem Basislevel erkennen eindeutige Beispiele, die die Grundfunktionen einer Demokratie repräsentieren. Sie identifizieren bei einfachen Beispielen zu Regeln und Gesetzen die korrekten Lösungen und erkennen die Motivation von Menschen, die mit ihrem Handeln dem Gemeinwohl dienen wollen.

Abbildung 4.1.2: Darstellung der Kompetenzstufen zum politischen Wissen in ICCS 2016

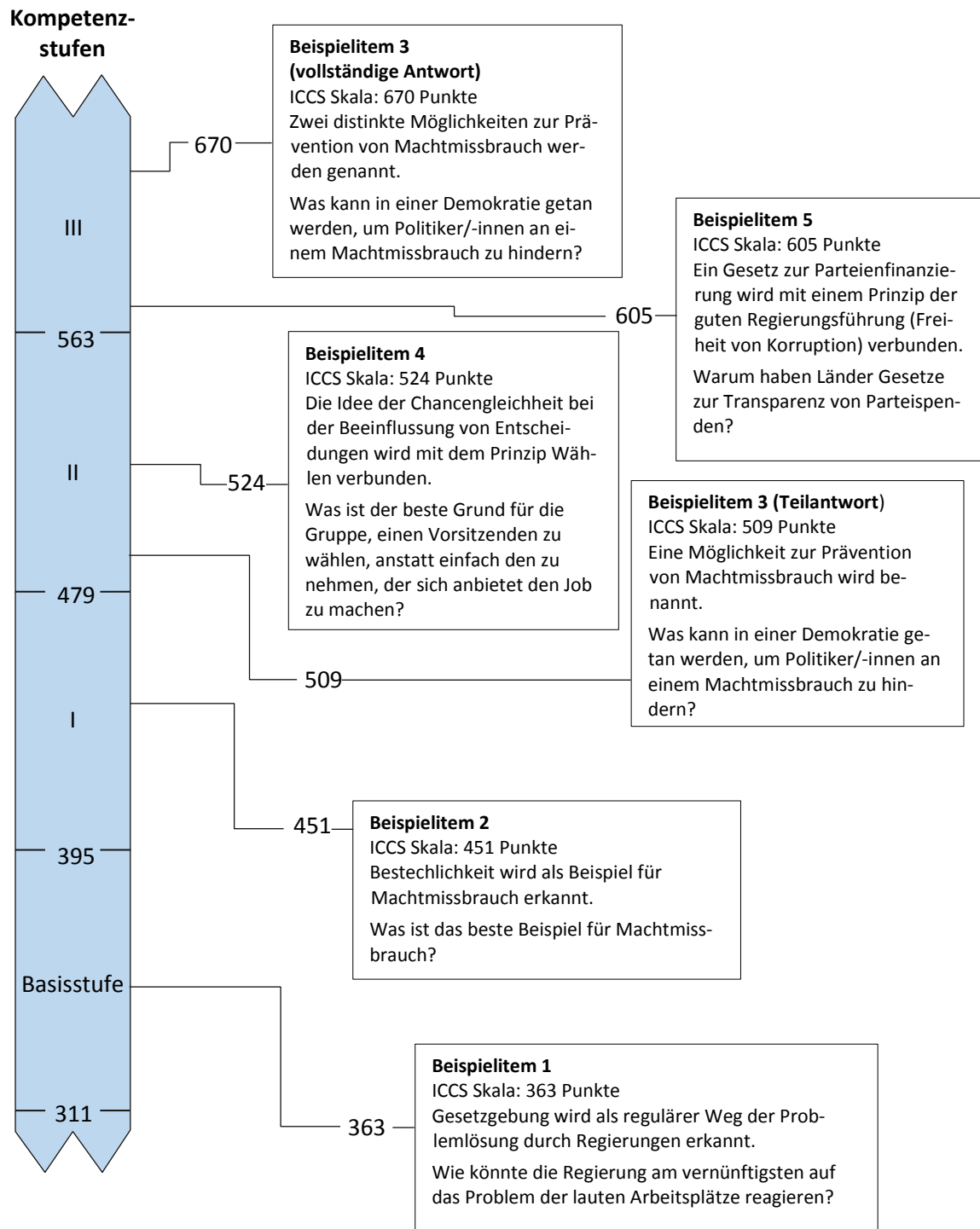


Abbildung 4.1.3: Beispielitem 4 auf Kompetenzstufe II

Mitglieder einer Jugendgruppe möchten einen Vorsitzenden bestimmen. Ein Mitglied meldet sich dafür, aber die Gruppenmitglieder entscheiden sich, den Vorsitzenden in einer Wahl zu bestimmen.

Was ist der beste Grund für die Gruppe, einen Vorsitzenden zu wählen, anstatt einfach den zu nehmen, der sich anbietet den Job zu machen?

☐ Wählen ermöglicht es Menschen ein zweites Mal zu wählen, wenn sie mit dem Ergebnis nicht einverstanden sind.

☐ Wählen ist die schnellste Möglichkeit zu entscheiden, wer der Vorsitzende wird.

☐ Wählen ermöglicht es, dass jedes Mitglied der Gruppe bei der Auswahl für einen Vorsitzenden mitmachen kann.

☐ Wählen stellt sicher, dass jedes Gruppenmitglied mit dem Wahlergebnis zufrieden ist.

Teilnehmer	Anteil richtiger Antworten		Teilnehmer	Anteil richtiger Antworten	
	%	(SE)		%	(SE)
Nordrhein-Westfalen^{1,4}	65.62	(2.4)	Lettland	65.08	(1.7)
Belgien (Flandern)	71.24	(2.0)	Litauen	46.69	(1.6)
Bulgarien	58.18	(1.6)	Malta	60.43	(1.5)
Chile	49.65	(1.1)	Mexiko	30.33	(1.4)
Dänemark ²	80.19	(1.2)	Niederlande ²	66.99	(2.0)
Dominikanische Republik	21.22	(1.3)	Norwegen ³	65.20	(1.3)
Estland	62.94	(1.7)	Peru	48.72	(1.4)
Finnland	82.32	(1.3)	Russische Föderation	67.94	(1.6)
Hongkong ¹	56.43	(1.8)	Schweden	67.69	(1.9)
Italien	65.72	(1.4)	Slowenien	71.47	(1.6)
Kolumbien	35.31	(1.0)	Taiwan	58.30	(1.3)
Korea ^{1,5}	54.07	(1.4)	VG ICCS 2016	58.66	(0.3)
Kroatien	56.21	(1.8)			

VG ICCS 2016. Vergleichsgruppe ICCS 2016. Mittelwerte der Ländergruppe ohne Hongkong, Korea und Nordrhein-Westfalen.

¹ Die Teilnahmequoten auf Schul- und/oder Schülerebene erreichen nicht die internationalen Vorgaben, wodurch die Repräsentativität nicht in gleicher Weise abgesichert ist.

² Die Teilnahmequoten auf Schul- und/oder Schülerebene erreichen die internationalen Vorgaben nur unter Einbezug der Ersatzschulen.

³ Abweichende Zielpopulation: 9. Klasse.

⁴ Benchmark-Teilnehmer.

⁵ Abweichender Erhebungszeitraum: 1. Schulhalbjahr.

IEA: International Civic and Citizenship Education Study

© ICCS 2016

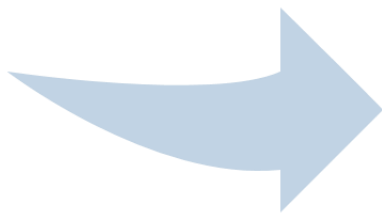
- Das Item ist ein typisches Beispiel für eine geschlossene Frage im politischen Wissenstest. Es handelt sich um eine Aufgabe der Kompetenzstufe II, da die Schüler*innen hier demokratische Prinzipien erkennen und in einer konkreten Situation anwenden müssen, ohne dass der Terminus Demokratie explizit genannt wird. Die Schüler*innen mussten sich für eine der vier Antwortmöglichkeiten entscheiden.
- Im Durchschnitt aller Länder haben **59% der Schüler*innen** die Aufgabe **erfolgreich** bearbeitet, **in NRW waren 66%.**

4.1.2 Ergebnisse zum Wissenstest

Im Berichtskapitel **Politisches Wissen und Argumentieren** (4.1) werden die Ergebnisse zum konzeptuellen politischen Wissen und Argumentieren von Schüler*innen in Nordrhein-Westfalen im internationalen Vergleich betrachtet. Leitend waren dabei die Fragestellungen:

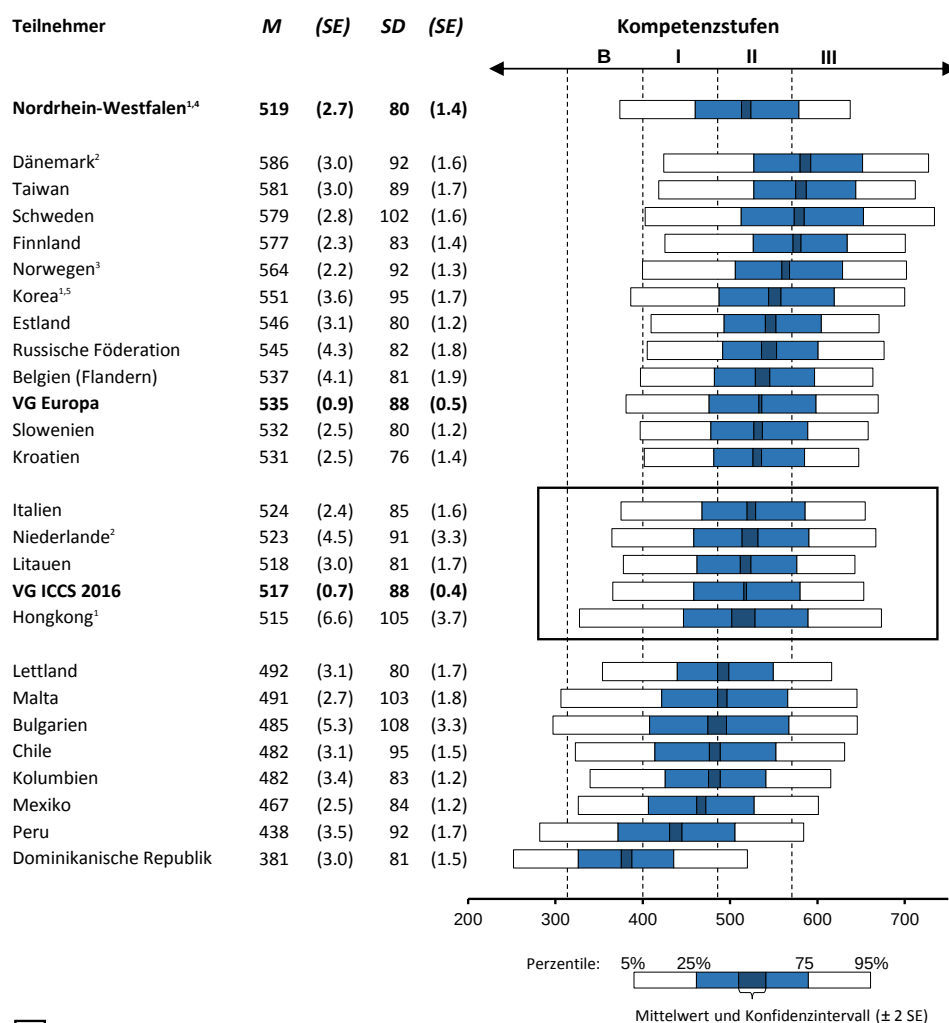
- *Über welche Kompetenzen zur Analyse des politischen Geschehens verfügen Schüler*innen?*
- *Welche spezifischen Schwierigkeiten haben unterschiedliche Gruppen von Schüler*innen bei der Analyse politischer Sachverhalte?*

Das Kapitel stellt zunächst die empirische Modellierung der Bereiche politisches Wissen und Argumentieren in ICCS 2016 vor. Dabei wird eine inhaltliche Beschreibung der Kompetenzstufen mit Beispielitems und Beispiellösungen unterlegt. Sodann wird das politische Wissen der Schüler*innen in Nordrhein-Westfalen im internationalen Vergleich und unter Betrachtung unterschiedlicher Gruppen (Geschlecht, Herkunft) betrachtet. Immerhin **70% der Schüler*innen** in Nordrhein-Westfalen **erreichen mindestens die Kompetenzstufe II**, welche nötig ist, um zielführende Elemente von Bürgerhandeln zu identifizieren. **Im europäischen Vergleich** ist das politische Wissen bei 14-jährigen Schüler*innen in Nordrhein-Westfalen allerdings **geringer ausgeprägt**. Besonders deutlich zeigt sich der vergleichsweise geringe Anteil der Schüler*innen, die die höchste Kompetenzstufe erreichen. In keinem anderen teilnehmenden Schulsystem, ausgenommen Bulgarien, ist das politische Wissen und Argumentieren so stark mit Aspekten der familiären Herkunft der Schüler*innen verbunden. In der vertiefenden Betrachtung der Ergebnisse für Nordrhein-Westfalen zeigen sich zudem deutliche Disparitäten im politischen Wissen zwischen Schüler*innen auf Gymnasien und Schüler*innen, die andere Schulformen besuchen.



Ausgewählte Ergebnisse: Politisches Wissen und Argumentieren

Abbildung 4.1.4: Politisches Wissen von Schüler*innen im internationalen Vergleich



□ Nicht signifikant vom nordrhein-westfälischen Mittelwert abweichende Staaten.

VG Europa. Vergleichsgruppe Europa. Mittelwerte der europäischen Ländergruppe ohne Nordrhein-Westfalen.

VG ICCS 2016. Vergleichsgruppe ICCS 2016. Mittelwerte der Ländergruppe ohne Hongkong, Korea und Nordrhein-Westfalen.

1 Die Teilnahmequoten auf Schul- und/oder Schüler*innenebene erreichen nicht die internationalen Vorgaben, wodurch die Repräsentativität nicht in gleicher Weise abgesichert ist.

2 Die Teilnahmequoten auf Schul- und/oder Schüler*innenebene erreichen die internationalen Vorgaben nur unter Einbezug der Ersatzschulen.

3 Abweichende Zielpopulation: 9. Klasse.

4 Benchmark-Teilnehmer.

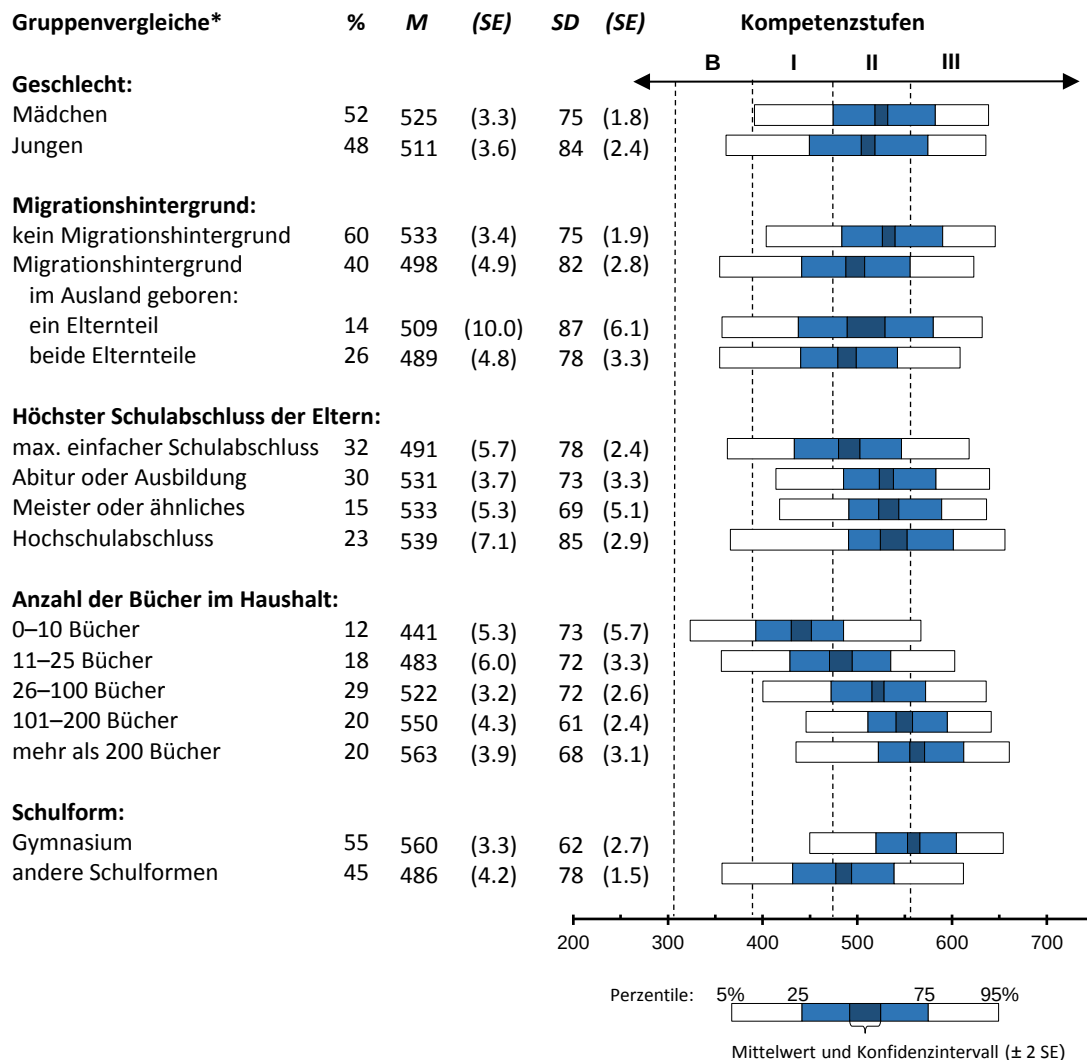
5 Abweichender Erhebungszeitraum: 1. Schulhalbjahr.

IEA: International Civic and Citizenship Education Study

© ICCS 2016

- Im Bereich politisches Wissen und Argumentieren erreichen Schüler*innen in NRW im Leistungsmittel 519 Punkte. Damit liegen die 14-Jährigen in **NRW** weltweit **im internationalen Mittelfeld**, aber signifikant unterhalb der mittleren Leistungen der europäischen Vergleichsländer.
- Besonders **hohes politisches Wissen** zeigen Schüler*innen in den skandinavischen Ländern sowie in Taiwan.
- Verstärkte **Schwierigkeiten** im politischen Wissen zeigen sich für NRW **im oberen Leistungsbereich**. Weniger als ein Drittel der Schüler*innen (31%) erreichen in NRW beim politischen Wissen und Argumentieren **die höchste Kompetenzstufe**. Im Nachbarland Dänemark sind es doppelt so viele (62%). (Tabelle 4.1.9 im Berichtsband)

Abbildung 4.1.5: Leistungsdisparitäten im politischen Wissen bei Schüler*innen in Nordrhein-Westfalen



* Die Teilnahmequoten auf Schul- und/oder Schüler*innenebene erreichen nicht die internationalen Vorgaben, wodurch die Repräsentativität nicht in gleicher Weise abgesichert ist.

IEA: International Civic and Citizenship Education Study

© ICCS 2016

- Während der **Unterschied zwischen Jungen und Mädchen** im politischen Wissen in Nordrhein-Westfalen geringer ist als in vielen anderen europäischen Ländern (Bericht, Tabelle 4.1.10), zeigen sich **herkunftsbedingte Unterschiede** besonders deutlich.
- In der vertiefenden Betrachtung der Ergebnisse für Nordrhein-Westfalen zeigen sich zudem sehr starke **Unterschiede** im politischen Wissen zwischen Schüler*innen auf **Gymnasien** und Schüler*innen, die **andere Schulformen** besuchen

Abbildung 4.1.6: Kulturelles Kapital und soziale Herkunft

Politisches Wissen ist stark vom Elternhaus abhängig

Durchschnittliche **Punktzahl im Wissenstest** von Schüler*innen mit **wenigen Büchern (maximal 25)** und **vielen Büchern (26 oder mehr)** zu Hause sowie **Größe der Differenz (in Punkten)**



© ICCS 2016; Infografik: D. Deimel

Quelle & Hintergrund:

Hahn-Laudenberg, K. & Abs, H. J. (2017). Politisches Wissen und Argumentieren. In: H. J. Abs & K. Hahn-Laudenberg (Hrsg.). Das politische Mindset von 14-Jährigen. Ergebnisse der International Civic and Citizenship Education Study 2016. Münster: Waxmann. (Tabelle 4.1.12)

- In den Bildungssystemen der europäischen Teilnahmeländer zeigen Schüler*innen mit **mehr als 25 Büchern** zu Hause deutlich **mehr politisches Wissen** als Schüler*innen aus Familien mit höchstens 25 Büchern. Die Anzahl der Bücher zu Hause gilt bis heute als wichtiger Indikator für das kulturelle und Bildungskapital einer Familie.
- **Der Unterschied** zwischen den Leistungen der beiden Gruppen ist **in Nordrhein-Westfalen** mit 76 Punkten **besonders groß**. Nur in zwei weiteren europäischen Ländern zeigen sich ähnlich hohe Differenzen (Bulgarien und Schweden).
- Bulgarien und NRW sind die beiden Bildungssysteme in denen sich am meisten Varianz auf diesen **Aspekt der familiären Herkunft** der Schüler*innen zurückführen lässt. Das bedeutet, dass hier das Elternhaus einen besonders großen **Einfluss auf den kognitiven Aspekt politischer Bildung** von Heranwachsenden hat.

4.2 Identität und politische Selbstwirksamkeit

Das Berichtskapitel **Identität und politische Selbstwirksamkeit** (4.2) befasst sich mit den unterschiedlichen Facetten der sozialen Zugehörigkeit und politischen Identität bei 14-Jährigen in Nordrhein-Westfalen. Dabei wird Identität als offenes Konstrukt definiert, das verschiedene bedeutungsgebende Zugehörigkeiten einbeziehen kann. Leitend waren hier die Fragen, *wie die Schüler*innen ihre eigene politische Wirksamkeit beurteilen und wie sie ihr Verhältnis zur Nation der Erhebung, zur Europäischen Union und zu Religion entwerfen.*

Im Vergleich von Schüler*innen mit mehr, beziehungsweise weniger, politischem Wissen zeigt sich in Nordrhein-Westfalen im internationalen Vergleich besonders deutlich, dass sich Schüler*innen mit mehr Wissen als wirksamer einschätzen. Weiterhin **identifizieren sich Schüler*innen** in Nordrhein-Westfalen im europäischen Vergleich **am wenigsten mit dem jeweiligen Land des Tests** (Deutschland) oder Europa. Interessant ist dabei, dass die Identifikationen mit Deutschland sowie mit Europa nicht konkurrierend sind, sondern in einem positiven Zusammenhang stehen. Schüler*innen, die sich mit dem einen Bezugspunkt stärker identifizierten, identifizierten sich auch eher mit dem anderen. Schüler*innen mit Migrationshintergrund identifizierten sich in allen europäischen Teilnahmeländern weniger mit dem Land, in dem sie an ICCS teilgenommen haben.

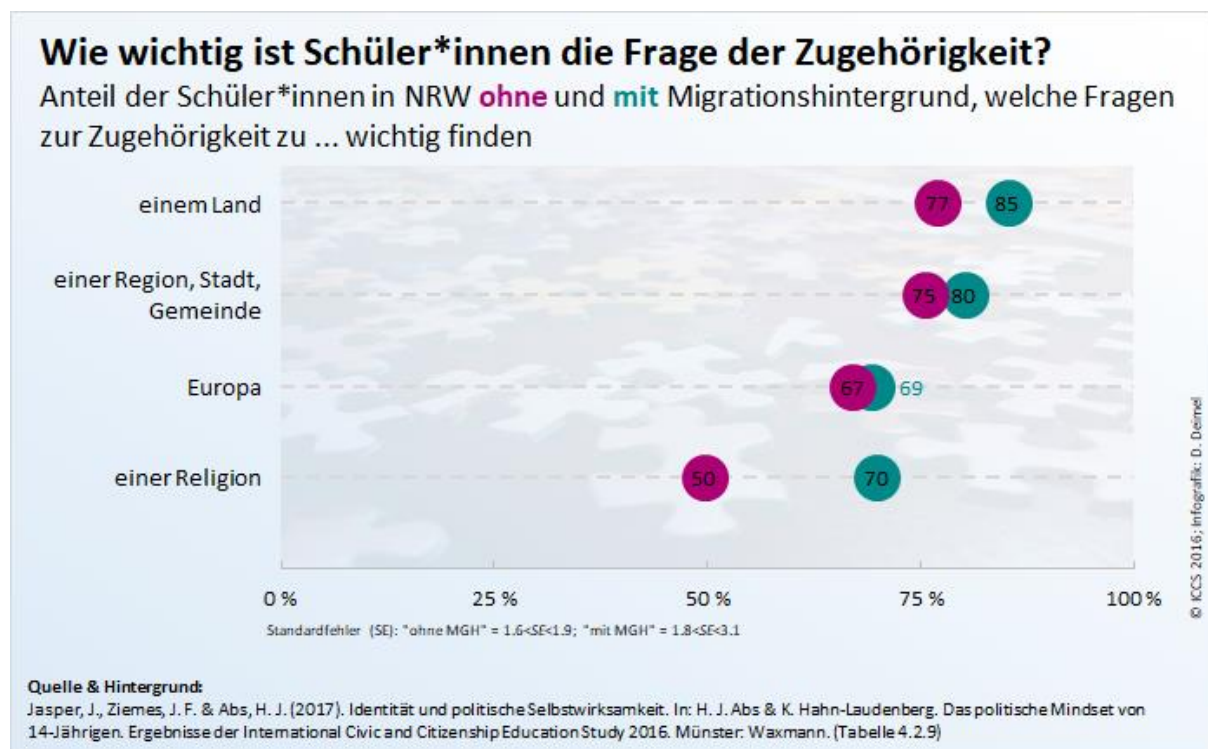
Zugleich ist in Nordrhein-Westfalen Schüler*innen mit **Migrationshintergrund** sowohl die **regionale und nationale** als auch die **religiöse Zugehörigkeit** wichtiger als Schüler*innen ohne Migrationshintergrund. Dies deutet darauf hin, dass die Identifikation mit den betreffenden Ebenen im Prozess der Identitätsbildung bei Jugendlichen mit, beziehungsweise ohne, Migrationshintergrund nicht die gleiche Bedeutung hat.

Ausgewählte Ergebnisse: Identität und politische Selbstwirksamkeit

- Im europäischen Vergleich ist Jugendlichen in NRW die Flagge des Landes seltener wichtig (53% vs. 82%), jedoch **respektieren** sie **Deutschland** (das jeweilige Land der Befragung) **in einem ähnlich hohen Maß** wie Jugendliche in anderen europäischen Ländern (90% vs. 91%).
- Jugendliche in NRW, die eine **stärker ausgeprägte nationale Identität** zeigen, berichten auch eher eine stärker ausgeprägte **europäische Identität**.



Abbildung 4.2: Hybride Identität



- Für **Schüler*innen mit Migrationshintergrund** haben Fragen zur **Zugehörigkeit zu unterschiedlichen Gemeinschaften** im Vergleich zu Schüler*innen ohne Migrationshintergrund eine höhere Bedeutung. Dies gilt insbesondere für die Frage, inwiefern die Zugehörigkeit zu einer **Religion** wichtig ist (70% vs. 50%), und für die Frage inwiefern die **Zugehörigkeit zu einem Land** (85% vs. 77%) wichtig ist.



4.3 Gruppenbezogene Einstellungen

Die Würde des Gegenübers anzuerkennen, ist eine wichtige Voraussetzung für das Zusammenleben in Demokratien. Im Kapitel **Gruppenbezogene Einstellungen** (Bericht, Kapitel 4.3) wird daher untersucht, *welche abwertenden oder unterstützenden Einstellungen Schüler*innen gegenüber unterschiedlichen Gruppen in der Gesellschaft zeigen und wie diese mit der Identifikation mit dem Land der Erhebung zusammenhängen*. In jedem Land der europäischen Vergleichsgruppe stimmten mindestens 90% der Aussage zu, dass Frauen die gleichen Chancen haben sollten an der Regierung beteiligt zu sein wie Männer. In Nordrhein-Westfalen ist die Unterstützung der **Gleichberechtigung von Männern und Frauen** noch etwas stärker ausgeprägt als im europäischen Mittel, übertroffen nur von Dänemark, Norwegen und Schweden. Schüler*innen mit mehr politischem Wissen befürworteten die Gleichberechtigung deutlich stärker als Schüler*innen mit weniger politischem Wissen. Der **Effekt des Wissens** erweist sich für diese Einstellung als stärker als der Geschlechtereffekt.

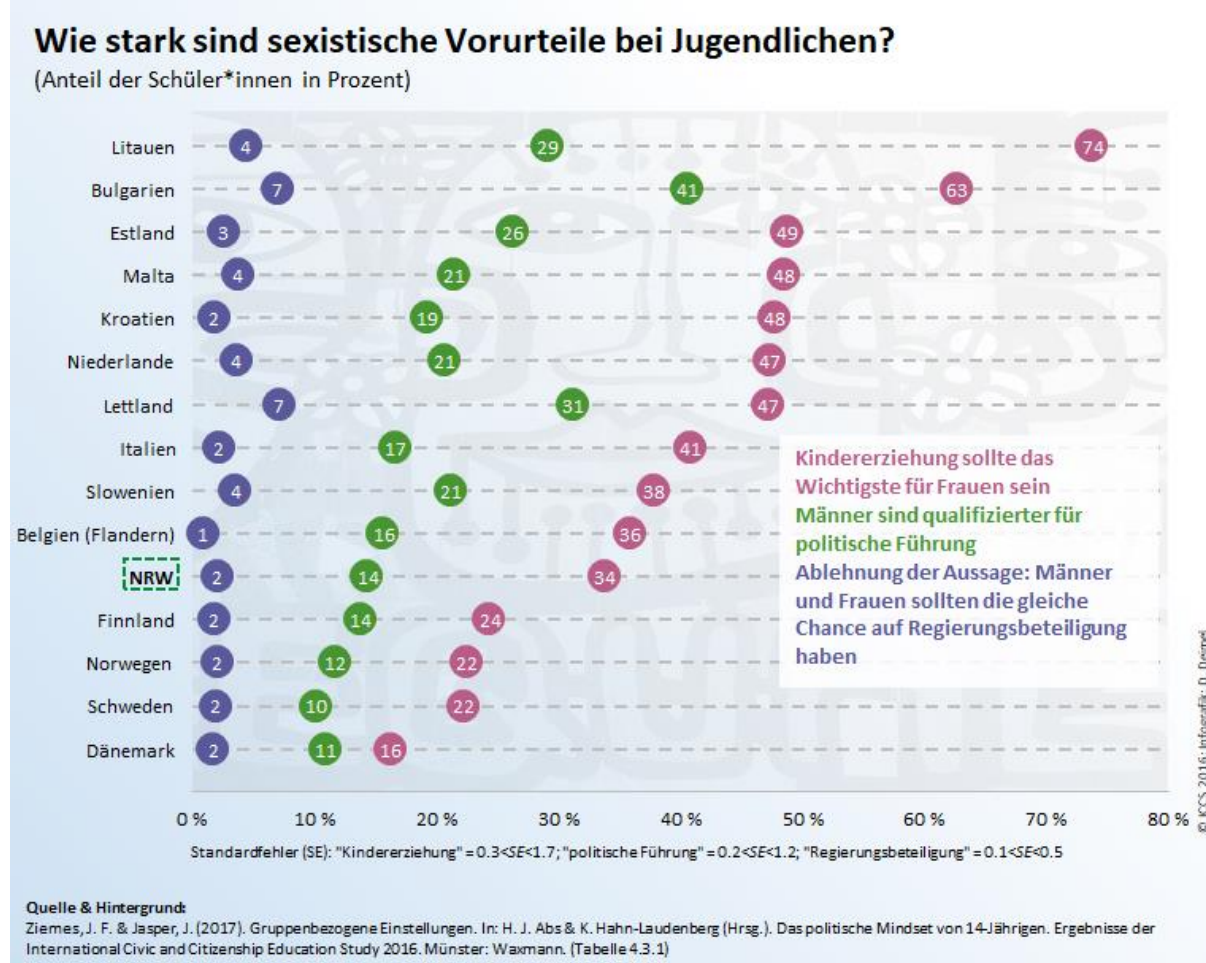
Hinsichtlich der Einstellung zur Förderung sowie zur Restriktion europäischer Arbeitsmigration sind die Werte der Schüler*innen aus Nordrhein-Westfalen statistisch nicht unterscheidbar vom Mittel der europäischen Vergleichsgruppe. In Nordrhein-Westfalen werden **Aussagen zu gleichen Rechten von unterschiedlichen Herkunftsgruppen** und Migrant*innen deutlich **stärker unterstützt** als in den meisten anderen europäischen Vergleichsländern. In Schweden berichteten Schüler*innen für beide, in Norwegen für die zweite Skala zu diesem Fragenkomplex, eine noch größere Unterstützung der Gleichberechtigung. Schüler*innen mit mehr Wissen unterstützen eher Aussagen zur Gleichberechtigung von Migrant*innen, wohingegen sich zumindest in Nordrhein-Westfalen kein Effekt für die Identifikation mit dem Land des Tests findet.

Das heißt, Schüler*innen, die eine **stärkere nationale Identität** aufweisen, unterscheiden sich hinsichtlich der Zustimmung zu Rechten von Migrant*innen nicht bedeutsam von Schüler*innen mit einer geringeren nationalen Identität. Dies deutet darauf hin, dass nationale Identität – so wie diese in ICCS 2016 erfasst wurde – bei Schüler*innen in Nordrhein-Westfalen von der Abwertung von Migrant*innen entkoppelt ist.

Ausgewählte Ergebnisse: Gruppenbezogene Einstellungen

- Ein höheres politisches **Wissen** geht in allen Ländern mit einer **stärkeren Unterstützung der Gleichberechtigung** von Frauen und Männern einher. Dieser Effekt ist stärker als der Effekt der Geschlechtszugehörigkeit. (Bericht, Tabellen 4.3.2 und 4.3.3)
- Jugendliche in NRW **unterstützen die Rechte von Migrant*innen** ähnlich häufig wie Jugendliche in Schweden und Norwegen. Vier von fünf Schüler*innen in allen drei Ländern sind der Meinung, dass es Migrant*innen erlaubt sein sollte, ihren Lebensstil und ihre Bräuche fortzuführen. (Bericht, Tabelle 4.3.6)

Abbildung 4.3: Sexistische Vorurteile bei Jugendlichen



- **Heranwachsende** in den europäischen Teilnahmeländern **unterstützen** weit **überwiegend politische Aspekte der Gleichstellung von Männern und Frauen**. Mehr als 90% der Schüler*innen in NRW und in den europäischen Teilnahmeländern sind der Meinung dass Männer und Frauen die gleiche Chance auf Regierungsbeteiligung haben sollten.
- Die **Unterstützung kultureller Gleichstellung** ist schwächer ausgeprägt. In den unterschiedlichen Ländern unterstützen zwischen 16% und 74% der Schüler*innen die Aussage, dass es für Frauen am wichtigsten sein sollte, Kinder zu erziehen. In NRW sind es ein Drittel (34%). (Bericht, Tabelle 4.3.1)

4.4 Institutionenbezogene Einstellungen

Institutionenbezogene Einstellungen werden in Kapitel 4.4 des Berichtsbandes unter der Fragestellung betrachtet, *welche Vorstellungen und Einstellungen 14-Jährige gegenüber demokratischen Institutionen ausgebildet haben*. Schüler*innen in Nordrhein-Westfalen verbinden durchschnittlich geringere normative Erwartungen mit der Frage, wie gute erwachsene Bürger*innen sich in die Gesellschaft einbringen sollten, als Schüler*innen in der europäischen Vergleichsgruppe. Als besonders relevant für gute Bürger*innen erachten sie Verhaltensweisen, die keine direkte Verbindung zu, im weiten Sinne, politischen oder staatlichen Institutionen implizieren. Weiter berichten die Heranwachsenden absolut und im europäischen Vergleich **ein hohes Vertrauen in staatliche Institutionen**. Besonders hoch ausgeprägt ist dabei das Vertrauen in die Exekutive und Judikative, während sie nicht mehr als in anderen Ländern inter- und supranationalen Organisationen vertrauen. Allein das Vertrauen ins Schulsystem ist geringer als in den meisten anderen europäischen Ländern. Nicht in allen Ländern, jedoch in Ländern mit einem geringeren Korruptionsniveau, berichten Schüler*innen mit **mehr politischem Wissen** auch **mehr Vertrauen in Institutionen**. Schüler*innen in Nordrhein-Westfalen schätzen die **Legitimität und Performanz der EU** grundsätzlich positiv ein; im Vergleich zu anderen Ländern erscheinen sie gleichwohl als eher skeptisch.

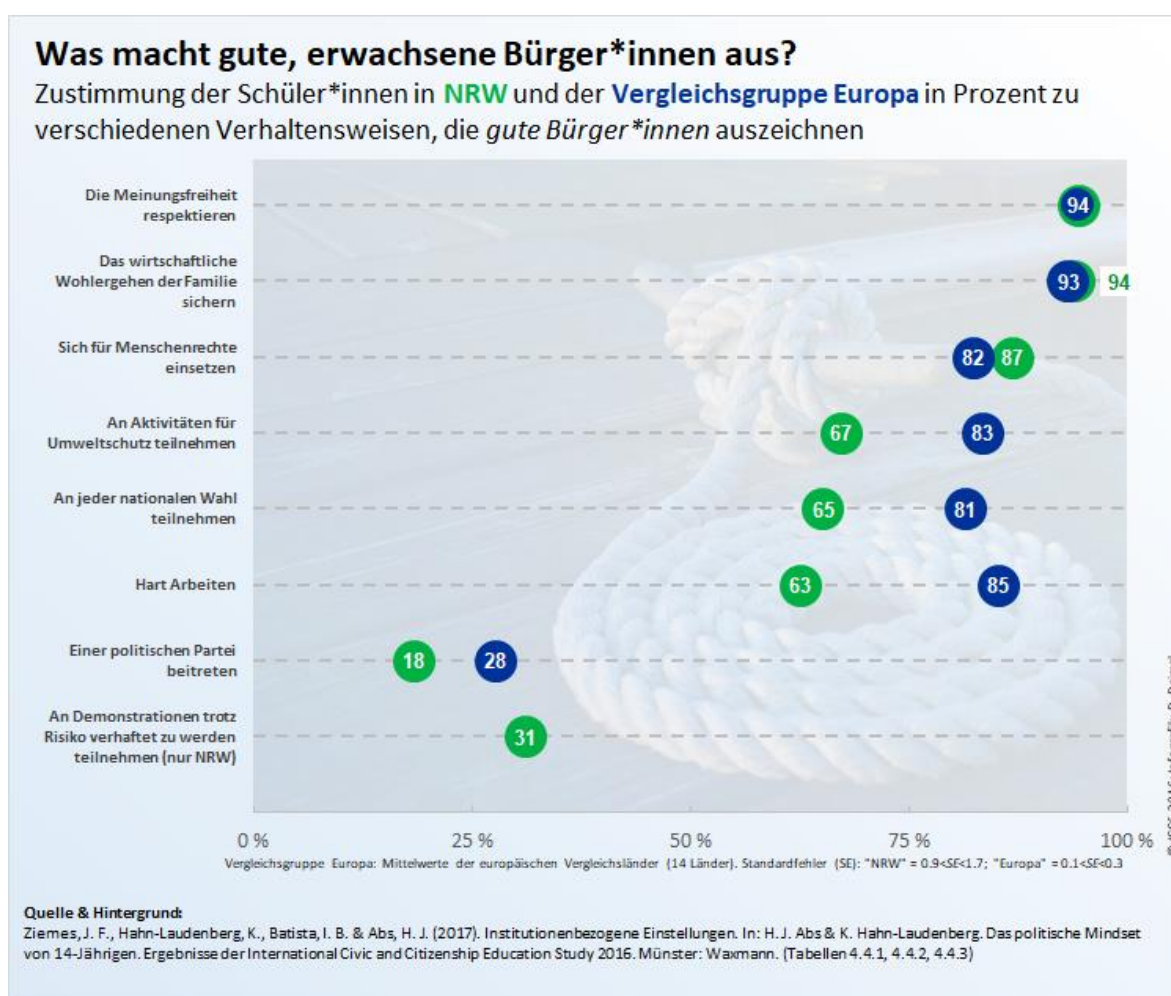
Hinsichtlich der Rolle der Religion in der Gesellschaft betonen sie mit großer Mehrheit die **Religionsfreiheit und die Trennung von religiösen und staatlichen Institutionen**. Für etwa ein Drittel der Schüler*innen in Nordrhein-Westfalen ist die Religion jedoch wichtiger als die Politik. Schüler*innen in Nordrhein-Westfalen zeigen sich im europäischen Vergleich insbesondere für die Diskriminierung von Migrant*innen und Homosexuellen sensibilisiert. Dass Karrierechancen von Frauen im eigenen Land schlechter sind als die von Männern, wird in Deutschland von der Hälfte der Schüler*innen so wahrgenommen und damit ebenfalls eher als in anderen europäischen Ländern.

Ausgewählte Ergebnisse: Institutionenbezogene Einstellungen

- In Nordrhein-Westfalen **vertrauen** deutlich mehr Schüler*innen der achten Klasse den **staatlichen und politischen Institutionen** als Schüler*innen der europäischen Vergleichsgruppe. **Politischen Parteien** vertrauen Jugendliche in Nordrhein-Westfalen mehr als doppelt so oft wie beispielsweise Jugendliche in Kroatien. **Dem Schulsystem vertrauen** Heranwachsende in Nordrhein-Westfalen jedoch etwas **seltener** als die Schüler*innen der europäischen Vergleichsländer (73% vs. 77%). (Bericht, Tabellen 4.4.4., 4.4.5 und 4.4.6).
- Eine überwältigende Mehrheit der Schüler*innen in Nordrhein-Westfalen ist überzeugt, dass **die EU gut für den Schutz der Menschenrechte** ist (86%). Dass die EU sich auch um den **Umweltschutz** sorgt, gehört immerhin noch zur Überzeugung von zwei Dritteln (64%). (Bericht, Tabelle 4.4.8).

- Für ein Drittel der Schüler*innen in Nordrhein-Westfalen ist **Religion wichtiger als Politik** (36%). Für mehr als ein Fünftel (23%) sind **religiöse Regeln wichtiger als staatliche Gesetze** (Bericht, Tabelle 4.4.9).
- Sieben von zehn Schüler*innen in Nordrhein-Westfalen sind überzeugt, dass **Migrant*innen in Deutschland häufiger ungerecht behandelt werden** als andere Gruppen (Bericht, Tabelle 4.4.10).

Abbildung 4.4: Ideal von guten, erwachsenen Bürger*innen



- Jugendliche in NRW vertreten mit deutlicher Mehrheit ein **Bürgerideal, dass auf den privaten Raum bezogen ist**. Für das wirtschaftliche Wohlergehen der eigenen Familie zu sorgen und die Meinungsfreiheit der anderen zu respektieren, stellt einen breiten Konsens dar. Dahingegen gehört es nur für zwei Drittel der Jugendlichen zum Bürgerideal, sich aktiv an Wahlen zu beteiligen, und für weniger als ein Fünftel, einer Partei beizutreten. (Bericht, Tabellen 4.4.1, 4.4.2 und 4.4.3)

4.5 Gesellschaftliche Partizipationsbereitschaft

Das Kapitel **Gesellschaftliche Partizipationsbereitschaft** (Bericht, Kapitel 4.5) geht der Frage nach, über *welche Bereitschaft zu zivilgesellschaftlichem und politischem Handeln Schüler*innen verfügen*. Zunächst wird ein breites Verständnis des politischen Partizipationsbegriffs skizziert, in dessen Rahmen staatsbürgerliche, institutionenbezogene, problembezogene und zivil ungehorsame Beteiligungsformen unterschieden werden.

Im europäischen Vergleich zeigt sich durchschnittlich und über alle Partizipationsformen hinweg, dass sich Schüler*innen in Nordrhein-Westfalen am **seltensten vorstellen können, sich in Zukunft politisch zu beteiligen**. Zwar zeigt sich eine Mehrheit der Schüler*innen in Nordrhein-Westfalen bereit, zukünftig an Wahlen teilzunehmen, aber lediglich zwei von drei Schüler*innen geben an, als Erwachsene eine informierte Wahl treffen zu wollen. Aktive Beteiligungsformen, unabhängig davon, ob sie in einem institutionellen Kontext eingebunden sind oder nicht, wollen nur die wenigsten Jugendlichen in Nordrhein-Westfalen als Erwachsene ausüben.

Auch Beteiligungsformen unter Rückgriff auf neue soziale Medien erscheinen für sie nur selten attraktiv. Besonders gering ausgeprägt zeigt sich die beabsichtigte staatsbürgerliche Partizipation bei Schüler*innen mit Migrationshintergrund in Nordrhein-Westfalen. Insgesamt sehen sich die Schüler*innen in Nordrhein-Westfalen in einer eher passiven Bürgerrolle.

Ausgewählte Ergebnisse: Gesellschaftliche Partizipationsbereitschaft

- 61% der Schüler*innen zeigen sich bereit, zukünftig mit anderen über politische Ansichten zu sprechen (Bericht, Tabelle 4.5.4). **Seltener** als andere europäische Schüler*innen wollen sie die **Möglichkeiten des Internets** zur politischen Mitgestaltung nutzen. (Bericht, Tabelle 4.5.5)
- **Besonders gering** zeigt sich in NRW die **Bereitschaft zu staatsbürgerlicher Partizipation** (Wahlteilnahme und Informationsbeschaffung) bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund. (Bericht, Tabelle 4.5.7)

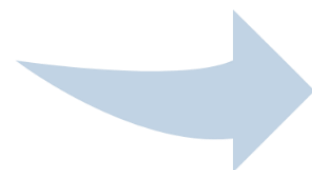
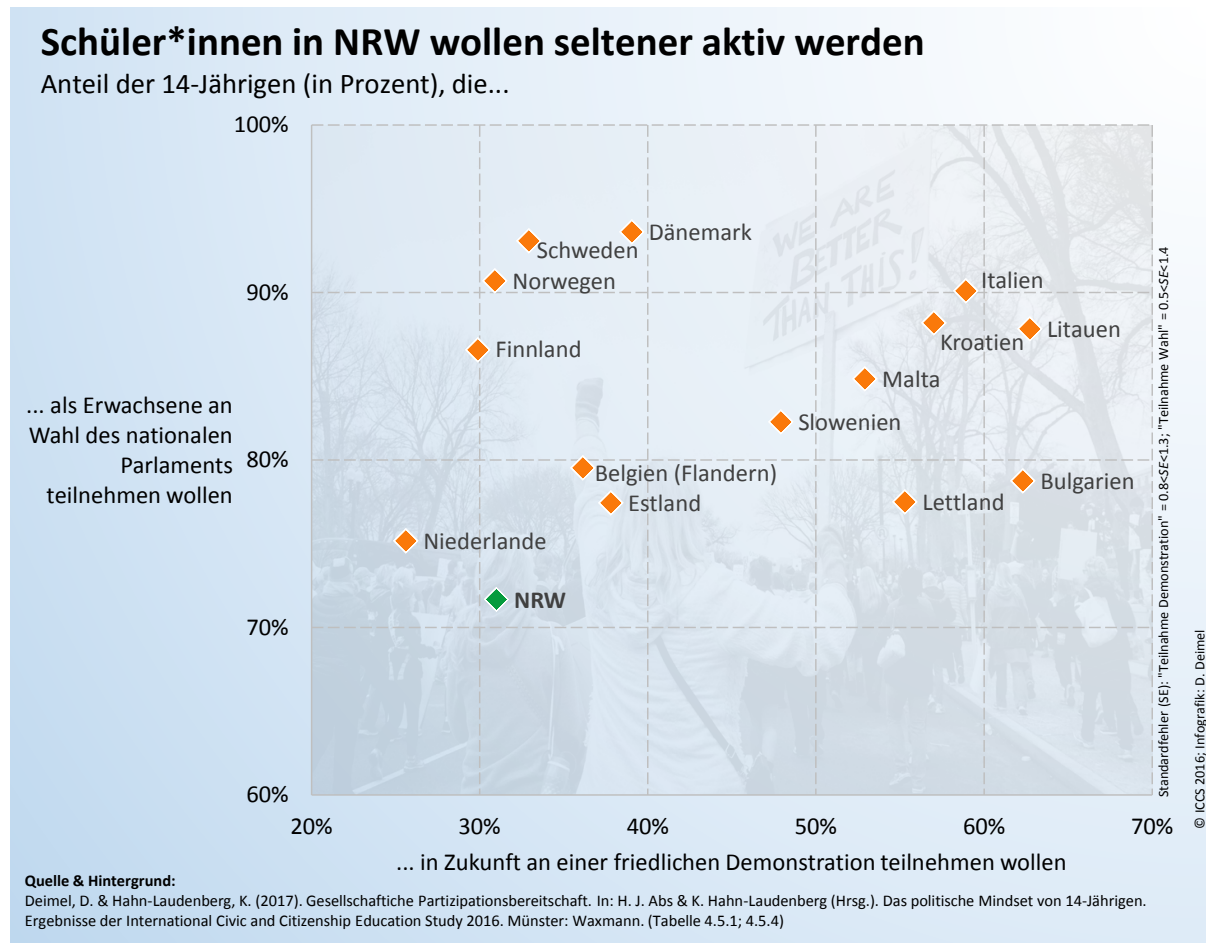


Abbildung 4.5: Beabsichtigte staatsbürgerliche Partizipation als Erwachsene



- Schüler*innen in Nordrhein-Westfalen beabsichtigen als Erwachsene eine eher **passive Zuschauerrolle** einzunehmen. Im europäischen Vergleich wollen sie am seltensten an den Wahlen des nationalen Parlaments (Bundestag) teilnehmen (Bericht, Tabelle 4.5.1). Jeweils etwa 20% beabsichtigen als Erwachsene keine Teilnahme an Bundestags-, Kommunal- oder/und Europawahlen (Bericht, Tabelle 4.5.2).
- Die zukünftige Beteiligung an alternativen und direkteren Partizipationsformen ist nur für eine Minderheit der 14-Jährigen in NRW interessant. Sie wollen sich zukünftig **deutlich seltener** als Schüler*innen in den meisten anderen europäischen Vergleichsländern **an friedlichen Demonstrationen beteiligen**.

4.6 Zukunftsperspektiven der 14-Jährigen

Im Kapitel **Zukunftsperspektiven der 14-Jährigen** (Bericht, Kapitel 4.6) wird berichtet, *wie Schüler*innen auf die gesellschaftliche und ihre individuelle Zukunft blicken*. Ausgehend von soziologischen und entwicklungspsychologischen Ansätzen wird skizziert, inwiefern sich die Beschäftigung mit Zukunftsszenarien auch für die politische Sozialisation als relevant erweisen kann. Jugendliche in Nordrhein-Westfalen zeichnen sich durch ein **hohes Problembewusstsein für globale Herausforderungen aus**, auch wenn es sich um Szenarien handelt, von denen sie nicht unmittelbar betroffen scheinen. Beispielsweise erleben sie den Klimawandel, aber auch Ressourcenknappheit mit am häufigsten als Bedrohung für die Zukunft der Erde.

Ökonomische Bedrohungsszenarien, etwa Arbeitslosigkeit und eine globale Finanzkrise, werden von Schüler*innen in Nordrhein-Westfalen im europäischen Vergleich hingegen am seltensten als große Bedrohung eingeordnet. Dies geht mit einem **großen Optimismus** einher, **was die eigene wirtschaftliche Zukunft betrifft** – ein großer Anteil der Jugendlichen in Nordrhein-Westfalen glaubt, in Zukunft ein sicheres Beschäftigungsverhältnis zu finden.

Ausgewählte Ergebnisse: Zukunftsperspektiven der 14-Jährigen

- Insgesamt zeigen sich die Jugendlichen in den europäischen Teilnahmeländern wenig besorgt, wenn nach individuellen Berufsperspektiven gefragt wird, als wenn nach gesamtgesellschaftlichen Perspektiven gefragt wird. Beispielsweise **erwarten in NRW 97% der 14-Jährigen, in Zukunft einen sicheren Arbeitsplatz zu finden** (Bericht, Tabelle 4.6.4).
- Jugendliche in NRW **ohne Migrationshintergrund** sowie Jugendliche, bei denen mindestens ein Elternteil über eine Hochschulzugangsberechtigung verfügt **befürchten in NRW eher einen ökonomischen Abstieg** (weniger zu verdienen als die Eltern).

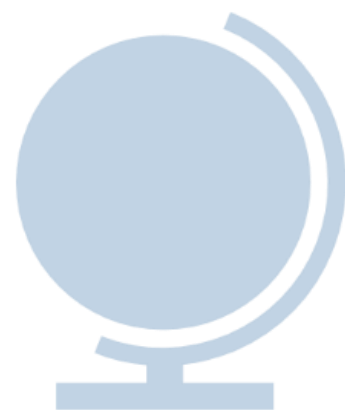
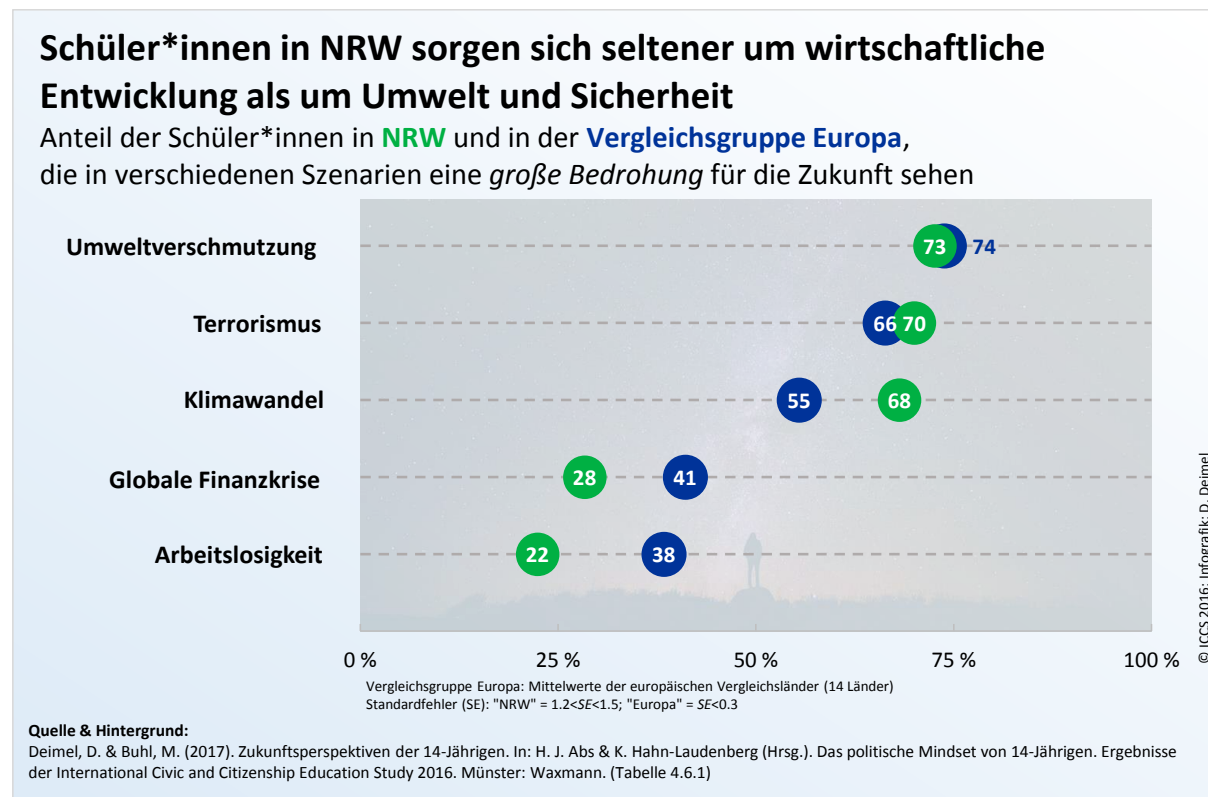
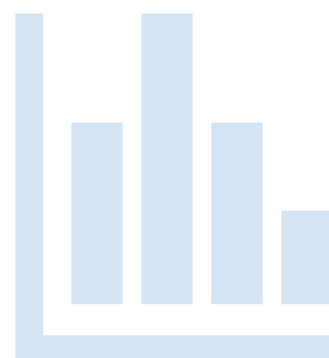
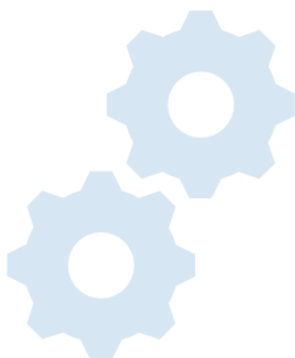


Abbildung 4.6: Bedrohungen für die Zukunft der Erde



- Jugendliche in NRW sehen die **Zukunft vor allem durch Umweltverschmutzung und Klimawandel sowie Terrorismus bedroht** (Bericht, Tabelle 4.6.1). Ökonomische Zukunftssorgen (Arbeitslosigkeit, Wirtschaftskrise) bekümmern sie hingegen deutlich seltener als 14-Jährige in anderen europäischen Ländern.



4.7 Schulische Lerngelegenheiten und Partizipationsmöglichkeiten

Das Kapitel **Schulische Lernumgebung und Partizipationsmöglichkeiten** (Bericht, Kapitel 5.1) befasst sich mit den Fragen, *welche Lerngelegenheiten Schüler*innen in der Schule wahrnehmen, welche Chancen von Partizipation ihnen im Unterricht und der Gestaltung von Schule zur Verfügung stehen und wie sie diese bewerten*. In der vergleichenden Betrachtung der schulischen Lerngelegenheiten, der Wahrnehmung des offenen Unterrichtsklimas und der Partizipationsmöglichkeiten wird deutlich, dass aus Sicht der Schüler*innen verschiedene Länder unterschiedliche Konzepte politischer Bildung zu realisieren scheinen – mal mit stärkerem Fokus auf den multiperspektivischen Diskurs und das Einüben von Positionierung in politischen Fragen – mal unter stärkerer Einbeziehung repräsentativer oder auch alternativer Formen der Schülerpartizipation.

Schüler*innen in NRW bringen **häufiger aktuelle politische Fragestellungen in den Unterricht ein**. Die weiteren Ergebnisse werfen Fragen auf, inwieweit dieses Interessenpotential die Behandlung von Themen wie Wahl und Gesetzgebung im Unterricht sowie die rechtlich garantierten Möglichkeiten der Schülerpartizipation tatsächlich genutzt werden, um kontrovers und multiperspektivisch ein vertieftes konzeptuelles Verständnis zivilgesellschaftlicher bzw. politischer Prozesse und Fragestellungen zu ermöglichen.

Ausgewählte Ergebnisse: Schulische Lerngelegenheiten

- Partizipative Beteiligung von Schüler*innen äußert sich in NRW vor allem durch repräsentative Partizipationsformen (Klassensprecherwahl). Obgleich die Wahl einer Schülervertretung in Nordrhein-Westfalen gesetzlich verankert ist, geben **zwei Fünftel** der Schüler*innen an, in den vergangenen zwölf Monaten **keine*n Klassensprecher*in gewählt zu haben** (Bericht, Tabelle 5.1.4). Insgesamt halten 14-Jährige in Nordrhein-Westfalen schulische Partizipationsmöglichkeiten für sehr wertvoll (Bericht, Tabelle 5.1.5).



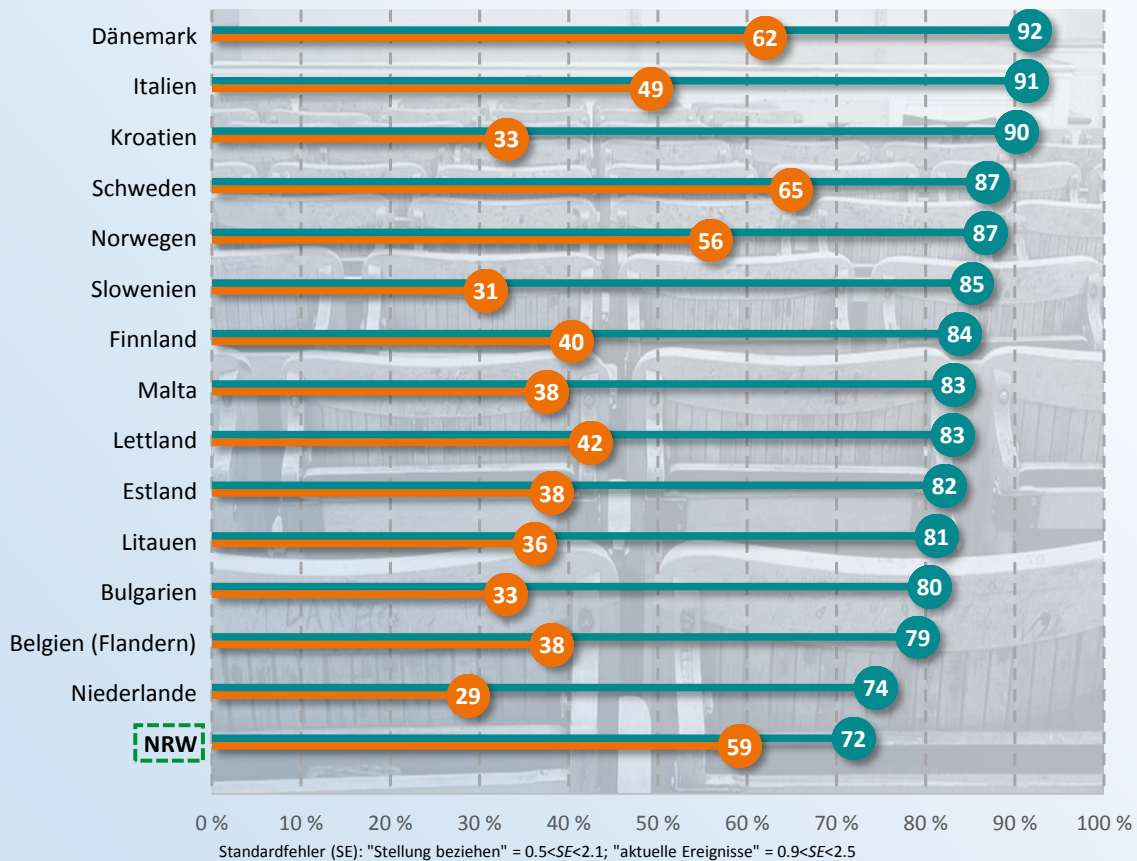
Abbildung 4.7: Diskussionen im Unterricht

Diskussion im Unterricht erwünscht?!

Wenn politische Themen im Unterricht diskutiert werden, beobachten so viele Schüler*innen das Folgende (Angaben in Prozent):

Schüler*innen bringen aktuelle politische Ereignisse ein

Lehrer*innen ermutigen Schüler*innen, Stellung zu nehmen



Quelle & Hintergrund:

Deimel, D. & Hahn-Laudenberg, K. (2017). Schulische Lernumgebung und Partizipationsmöglichkeiten. In: H. J. Abs & K. Hahn-Laudenberg (Hrsg.). Das politische Mindset von 14-Jährigen. Ergebnisse der International Civic and Citizenship Education Study 2016. Münster: Waxmann. (Tabelle 5.1.3)

- Jugendliche in Nordrhein-Westfalen berichten häufiger als in den meisten der europäischen Vergleichsländer, dass sie aktuelle politische Ereignisse ins Unterrichtsgeschehen einbringen. Gleichzeitig fühlen sie sich im europäischen Vergleich **am seltensten durch Lehrkräfte ermutigt, Stellung zu politischen Themen zu beziehen** (Bericht, Tabelle 5.1.3).

4.8 Qualität der schulischen Sozialbeziehungen

Die **Qualität der schulischen Sozialbeziehungen** (Bericht, Kapitel 5.2) wurde als Aspekt des Schulklimas betrachtet und es wurde gefragt, *wo es Schulen besonders gelingt, gute Beziehungen zwischen Lehrkräften und Schüler*innen sowie zwischen Schüler*innen untereinander herzustellen*. Ein positives Verhältnis der Schüler*innen untereinander sowie auch zwischen Lehrkräften und Schüler*innen gilt als produktiver Kontext für den Erwerb demokratierelevanter Kompetenzen und Einstellungen und kann zugleich als Ergebnis einer erfolgreichen Gestaltung einer an demokratischen Werten orientierten Schulkultur verstanden werden.

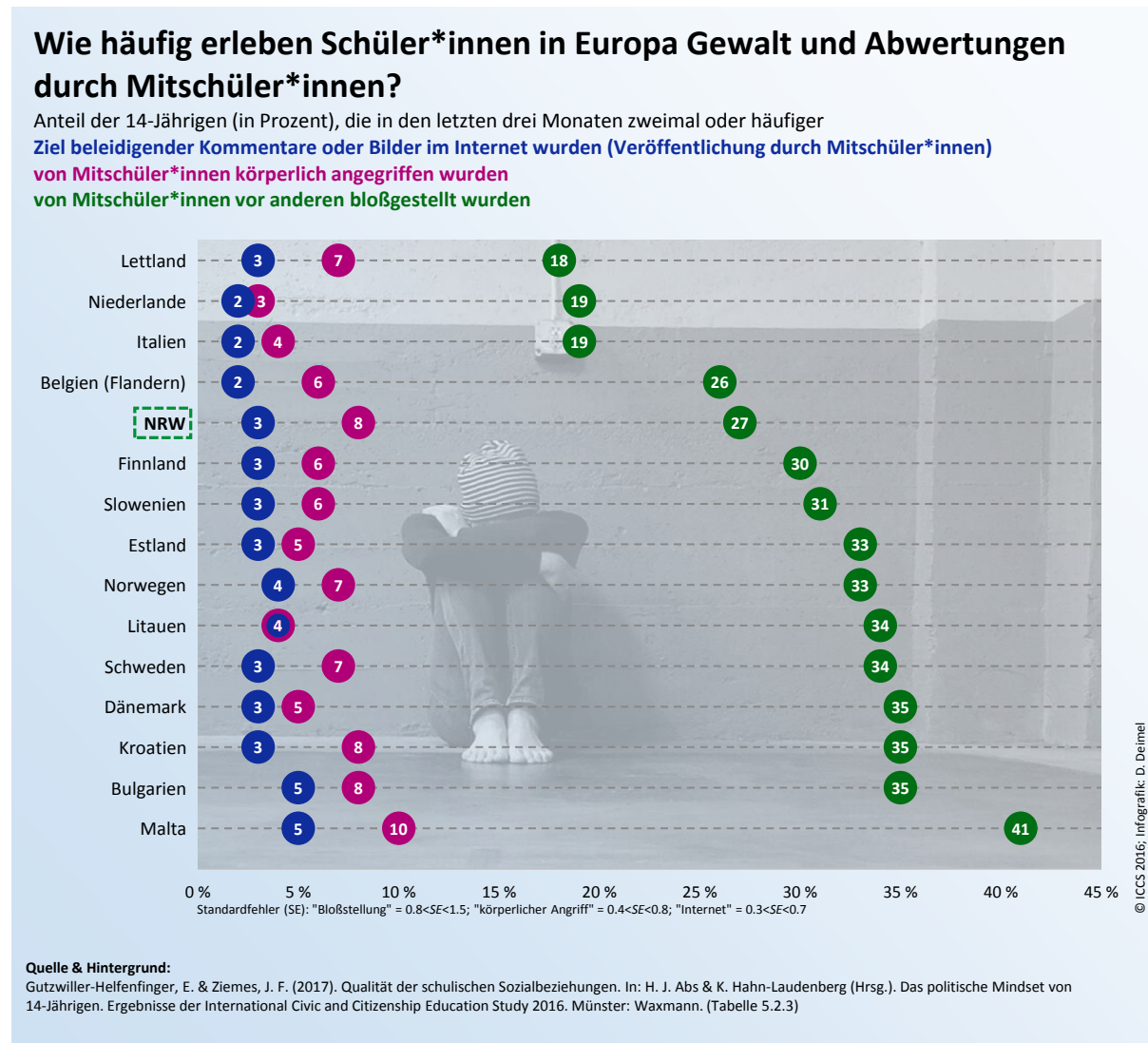
In Nordrhein-Westfalen berichten Schüler*innen ein schlechteres **Verhältnis zu den Lehrkräften und von Schüler*innen** untereinander als das Mittel der europäischen Vergleichsgruppe. Gleichwohl zeugen die Ergebnisse von mehrheitlich positiven Einschätzungen. Etwa vier von fünf Schüler*innen in Nordrhein-Westfalen fühlen sich von Lehrkräften fair behandelt. Drei Viertel fühlen sich sicher an ihrer Schule. Dies bedeutet aber auch, dass sich **ein Viertel nicht sicher fühlt**; etwa ein Sechstel der Schüler*innen hat Angst, **Opfer von Mobbing** zu werden. Akute Viktimisierung wird in Nordrhein-Westfalen etwas seltener berichtet als in der europäischen Vergleichsgruppe. Acht Prozent geben an, in den letzten drei Monaten mindestens ein Mal pro Monat körperlich angegriffen worden zu sein. Beleidigungen im Internet spielen mit 3% hier eine vergleichsweise geringe Rolle.

Das **Schulklima** steht im Zusammenhang mit der Ausgestaltung von Lerngelegenheiten: Offenes Unterrichtsklima korreliert mit positiven Beziehungen der Schüler*innen untereinander sowie zu Lehrkräften. Auch eine geringere Viktimisierungsrate korreliert positiv mit offenem Unterrichtsklima. Schulleitungen berichten im europäischen Vergleich eine höhere Prävalenz von Mobbing und ähnlich viele Maßnahmen gegen Mobbing. In Verbindung mit den vergleichsweise selteneren Berichten über Viktimisierung weist dies auf eine gewisse **Sensibilisierung von Schulleitungen bezüglich Mobbing in Nordrhein- Westfalen** hin.

Ausgewählte Ergebnisse: Qualität der schulischen Sozialbeziehungen

- **Vier von fünf** Schüler*innen (82%) **fühlen sich von ihren Lehrkräften fair behandelt**. Gleichwohl gibt ein Drittel der Schüler*innen der achten Klasse in NRW an, mit ihren Lehrkräften nicht gut auszukommen (33%) (Bericht, Tabelle 5.2.1).
- 17%, also **etwa jede*r sechste** Schüler*in in Nordrhein-Westfalen **hat Angst davor gemobbt zu werden**. In Finnland sind es etwa jede*r Zehnte (10%) und in Malta fast jede*r Dritte (36%) (Bericht, Tabelle 5.2.2).
- An **nahezu allen befragten** Schulen (95%) geben die Schulleiter*innen an, **Klassenaktivitäten gegen Mobbing** durchzuführen (Bericht, Tabelle 5.2.6.).

Abbildung 4.8: Qualität der Schüler*innen-Beziehungen untereinander aus Sicht der Schüler*innen



- Ein Viertel der Jugendlichen in NRW gibt an, im letzten Monat von Klassenkamerad*innen bloßgestellt worden zu sein. **Etwa jede*r zwölfte (8%) Schüler*in der achten Klasse wurde körperlich angegriffen** und weniger als jede*r Dreißigste (3%) wurde im Internet durch einen Kommentar oder ein Bild beleidigt.



4.9 Erfahrungen im familiären und räumlichen Umfeld

Im Kapitel **Erfahrungen im familiären und räumlichen Umfeld** (Bericht, Kapitel 5.3) wird der Einfluss außerschulischer Sozialisationsinstanzen auf politisches Wissen und beabsichtigte staatsbürgerliche Partizipation bei Schüler*innen in Nordrhein-Westfalen untersucht. Das heißt, es wird analysiert, *welche außerschulischen Sozialisationskontexte hohe Kompetenzen und Bereitschaft zur Partizipation wahrscheinlich werden lassen*. Zunächst werden die Familie, die Gruppe der Gleichaltrigen, die Medien und formelle Freizeitorganisationen als relevante Instanzen für die politische Sozialisation beschrieben.

Sodann zeigt sich in der Analyse unter Kontrolle der besuchten Schulform, dass vor allem ein starker **Einfluss des familiären Hintergrunds auf politisches Wissen** und staatsbürgerliche Partizipationsbereitschaft beobachtet werden kann. Die Gleichaltrigen erweisen sich für die 14-Jährigen in Nordrhein-Westfalen unabhängig von einem institutionalisierten Kontext hingegen nicht als wesentliche Instanz der politischen Sozialisation. Eine aktive Nutzung der Zeitung oder des Internets zur Informationssuche trägt zu einer höheren Ausprägung des politischen Wissens und der staatsbürgerlichen Partizipationsbereitschaft bei, ebenso die Teilnahme an einzelnen Jugendgruppen.

4.10 Lehrervoraussetzungen. Ausbildung und Überzeugungen von Lehrer*innen im Fach Politik/Sozialwissenschaften

Im Kapitel zu **Lehrervoraussetzungen. Ausbildung und Überzeugungen von Lehrer*innen im Fach Politik/Sozialwissenschaften** (Bericht, Kapitel 6) wird den Fragen nachgegangen, *welche Vorbereitung und welche Überzeugungen Lehrkräfte mitbringen, die politische und zivilgesellschaftliche Bildung in Schulen vertreten*. Die Ergebnisse der im Rahmen von ICCS 2016 in Nordrhein-Westfalen durchgeführten Lehrkräftebefragung werden dabei aus fachdidaktischer Perspektive interpretiert. Zunächst werden Aspekte der Lehrkräfteausbildung betrachtet, um sodann auf die fachbezogenen Überzeugungen von Lehrkräften als einer Voraussetzung der Unterrichtsgestaltung einzugehen. Dabei zeigt sich, dass die Lehrenden, die sich in der Lehrkräftebildung mit bestimmten Themen und Fähigkeiten im Kontext politischer Bildung auseinandergesetzt haben, ihre Kompetenz diese zu unterrichten, höher einschätzen. Die hohe Anzahl fachfremd unterrichtender Lehrkräfte in der politischen und zivilgesellschaftlichen Bildung gerade in den nicht gymnasialen Schulformen birgt die Gefahr, dass Schüler*innen mit einem bildungsfernen Hintergrund systematisch mit weniger fachlich strukturierten Lerngelegenheiten in Kontakt kommen und so weniger Chancen haben, die Kompetenzen aufzubauen, die für eine (spätere) Teilhabe an gesellschaftlichen und politischen Entscheidungsprozessen grundlegend sind. Dass die befragten Lehrer*innen insgesamt insbesondere fachübergreifenden, nicht politikspezifischen Schwerpunkten eine prioritäre Bedeutung zusprechen, wirft die Frage auf, welchen Stellenwert unter dieser Prämisse ein kompetenzorientierter, fachspezifisch qualifizierter Unterricht gewinnen kann.

Weitere Informationen und Ansprechpartner*innen

Zum Internetauftritt von ICCS 2016 in Deutschland:

www.uni-due.de/iccs/



Der vollständige nationale Berichtsband zu ICCS 2016 ist bei Waxmann als Buch und als Download erhältlich:

<http://www.waxmann.com/buch3737>

Hermann Josef Abs & Katrin Hahn-Laudenberg (Hrsg.) (2017).

Das politische Mindset von 14-Jährigen.

Ergebnisse der International Civic and Citizenship Education Study 2016.

368 Seiten, Münster (Waxmann).

ISBN 978-3-8309-3737-1

39,90€



Ansprechpartner*in für Presseanfragen

Prof. Dr. Hermann Josef Abs

Arbeitsbereich: *Educational Research and Schooling*, Universität Duisburg-Essen

E-Mail: sekretariat.abs@uni-due.de

Dr. Katrin Hahn-Laudenberg

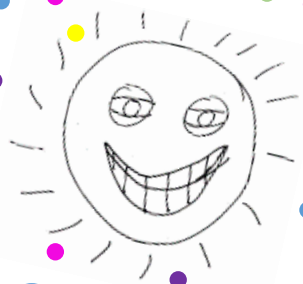
Arbeitsbereich: *Educational Research and Schooling*, Universität Duisburg-Essen

E-Mail: iccs@uni-due.de

Internationale Pressekonferenz: *The official launch of ICCS 2016, International and European reports*, 10 am – 12 pm 07. November 2017.

Webcast from Brussels: <http://iccs.webcastevent.eu/2017>

Rückwärtiger Umschlag: Schülerzeichnungen aus dem Befragungskontext (Pausenzeichnungen)



~~1/10~~ ~~1/10~~
75% Elektronik

Genau wie jetzt

Fair!



...taugunmi!



- Alle sollten zusammenhalten
- Herkunft sollte egal sein.

Friedlich

Deutschland sollte ein Land sein wo jeder jeden Akzeptiert wie er ist...

lernen

Business is booming!



Schüler zu Hause:



Lehrer zu Hause:



- Smartboards
- Rollstühle
- Tablets in den Taschen

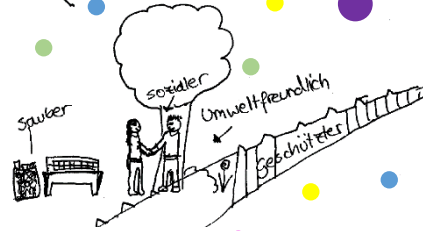


alles computer gesteuert... kaum noch Schüler die lernen das am Laptop.

Deutschland, Deutschland ist ein schönes Land



Schön
Ruhig
Entspannt
Warm



Wie es sein sollte:

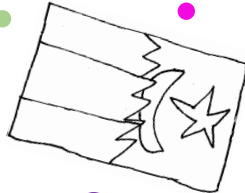
Friedlich



Wie es ist:



umweltfreundlicher nicht mehr so sozial
es sollte nicht jeder Flüchtling rein gelassen werden
weniger gewalttätig



Kein Krieg



- freundlich/einladend
- lernfähig (nicht die selben Fehler machen)
- offen für neues



Friede



-Warm

